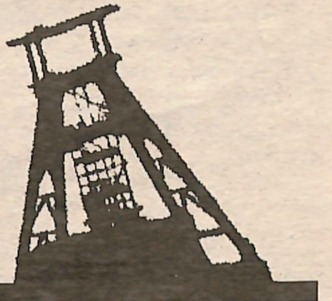


# ATOMMÜLLENDLAGER SCHACHT KONRAD

November 1992  
Nr. 5



27. und 28. November 1992

## Bundesweite Aktionstage gegen Atommülltransporte

# Alle reden vom Transport.



wir nicht.

Zu Aktionen an den Atommülltransportstrecken im ganzen Bundesgebiet am 27. und 28. November rufen die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V., der BUND Landesverband Niedersachsen, der DGB Kreis Region Braunschweig, Landvolk und IG Metall aus Salzgitter, die niedersächsischen GRÜNEN, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und zahlreiche andere Gruppen auf.

Anlaß: Die InitiatorInnen wollen an diesen Tagen im KONRAD-Erörterungstermin auf die Transportrisiken hinweisen. Möglichst viele EinwenderInnen sollten dies in Salzgitter persönlich tun. Sie können die Anreise nach Salzgitter nutzen, um unterwegs auf die Transportrisiken hinzuweisen. Wer nicht persönlich kommen kann, kann seine Einwende durch dezentrale Info-Aktionen an den Transportstrecken unterstreichen. Klar, daß es dabei nicht nur um KONRAD-Transporte geht. Egal, ob abgebrannte Brennelemente vom Atomkraftwerk zur Wiederaufarbeitung in Frankreich rollen, Castorbehälter ins Zwischenlager nach Gorleben gebracht werden, oder Atommüll ins Endlager transportiert wird: Atomtransporte verbinden uns alle.

### GRÜNE: Griefahn soll Weisung nicht folgen !

Einer Weisung, einen positiven Planfeststellungsbeschuß für Schacht KONRAD zu erlassen, soll die niedersächsische Umweltministerin Griefahn nicht folgen, beschlossen die niedersächsischen GRÜNEN am 8. November in Braunschweig.

### Unfall in Schacht KONRAD

Mitten in den Erörterungstermin platzte die Nachricht von einem Unfall in Schacht KONRAD. Beim Transport eines Bohrfahrzeuges nach unten mittels einer Seilwinde, sprang das Seil aus der Führung, der Bohrwagen kam ins Pendeln und schlug Holzteile aus der Schachtverkleidung die wiederum auf die Decke eines entgegenkommenden Fahrstuhles stürzten mit dem Bergleute ausführen. Kein Personenschaden, 25 000 Schachschaden. Was aber, wenn bei einem solchen Unfall Atom-

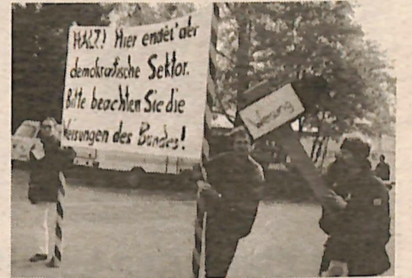


Foto: Kirsten von Borstel

müll, z.B. aus der Wiederaufarbeitung mibeteiligt gewesen wäre? Verhandlungsleiter Schmidt-Eriksen: Es geht auch um die Zuverlässigkeit des Betreibers.



7000 Menschen kamen am 17.10. zur Demonstration nach Salzgitter. Die Landwirte unterbrachen ihre Rüben-ernte um mit 37 Treckern mit zu de-

monstrieren. Über Hundert AKW-GegnerInnen waren aus Bayern bereits am Vortag angereist um ihre Einwendungen zu erörtern.

### KONRAD-Erörterung: Bis Ostern, Pfingsten oder Sommer ?

Acht Wochen sollte der KONRAD-Erörterungstermin eigentlich dauern. Aber von einem absehbaren Ende kann heute, nachdem acht Wochen erörtert wurde, nicht die Rede sein. Ganze zwei von geplanten 10 Themenkomplexen sind bisher abgehandelt worden. Daß Bundesumweltminister Töpfer zur Eile mahnt ist verständlich: der Entscheidungsdruck wächst unaufhörlich, und das Bundesamt für Strahlenschutz, das ihn als Antragsteller im Verfahren ver-

tritt, kommt zunehmend in argumentative Schwierigkeiten. Wird in gegenwärtigem Tempo weiter-erörtert, da sind sich Beobachter einig, dauert der Termin bis weit ins nächste Jahr. Ob's denn bis zum Sommer '93 dauert, wie das Bundesamt vor der Presse orakelte, sei dahingestellt. Resümee des bisherigen Verfahrens und Überblick zum anstehenden Themenkomplex „Langzeitsicherheit“ auf der nächsten Seite.

### Gorleben/Greifswald/Atomgesetz: Druck statt Konzept

Während WissenschaftlerInnen und Behördenvertreter im KONRAD-Erörterungstermin akademisch über Abfälle und Einlagerbedingungen debattierten, ließ die Energiewirtschaft Taten sprechen. Sie beantragte ein zweites Zwischenlager in Gorleben, 6 1/2 mal so groß wie das erste. Daß dies die Verfahrensbeteiligten in Salzgitter unter einen Sachzwang stelle, vermochte Dr. Thomauske für den Antragsteller (Bundesamt für Strahlenschutz) nicht zu sehen. Tatsächlich aber umstellt die Atomlobby das Endlagerverfahren regelrecht mit Zwängen. Weil der Entsorgungsdruck spätestens mit der Rückführung deutschen Atommülls aus Frankreich ab Mitte der 90er Jahre deutlich steigt, braucht die Energiewirtschaft tatsächlich dringend Lagerkapazität. Mit den Anträgen für Zwischenlager in Greifswald und Gorleben signalisiert sie



Foto: Kirsten von Borstel

aber zugleich: Wenn Ihr die gefährlichen obertägigen Zwischenlager nicht wollt, braucht ihr ja nur KONRAD freizugeben. Nun sind aber nicht die KritikerInnen der Atomenergie für das entstandene Chaos verantwortlich, son-

dern die Betreiber. Und darum wird die Antwort anders aussehen: Widerstand auf allen Ebenen und an allen Standorten. (Weiter Seite 2)

### Immer mehr BürgerInnen werden initiativ !

Offensichtlich wollte Bundesumweltminister Töpfer die EinwenderInnen vorführen, als er eigens für die Erörterung eine Leichtbauhalle mit 3.000 Plätzen errichten ließ. Einwenderorganisationen, die im Vorfeld von 100 - 200 TeilnehmerInnen pro Verfahrenstag ausgegangen waren, sehen sich indessen bestätigt. Viel wichtiger aber: Je länger das Verfahren dauert, umso deutlicher regt sich der Widerstand im Umfeld. In Lengede entstand eine neue Bürgerinitiative, in den braunschweiger Stadtteilen Geitelde, Stiddien und Timmerlah folgten 32 Personen spontan einem Aktionsaufruf gegen den Atomtransporte. Sie wollen Treffen und Veranstaltungen durchführen und zur Transportaktion am 28.11. aufrufen. Kein Wunder also, daß Töpfer auf ein schnelles Ende des Erörterungstermin drängelt, meint der Geschäftsführer der Arbeits-



Foto: Hans-G. Böhnig, Braunschweig

gemeinschaft Schacht KONRAD e.V., Claus Schröder: „Wenn der Termin noch ein halbes Jahr dauert, wird es wohl kaum noch einen Ort in der Region ohne neue Bürgerinitiative geben.“



Fortsetzung von Seite 1:

## Druck statt Konzept

Wiewenig heute noch von einem Entsorgungskonzept, von einer „geordneten Beseitigung“ des Atommülls, wie es das Atomgesetz vorsieht, die Rede sein kann, ergab die Erörterung selber: KONRAD, so ein wichtiges Ergebnis, steht für große Teile des vorhandenen Atommülls garnicht zur Verfügung. Selbst Müll, der „konradgängig“ verpackt ist, kann nicht in Gänge eingelagert werden, weil dann die Erwartungswerte für einzelne Radionuklide (z.B. Jod 129, Halbwertszeit 15,7 Millionen Jahre) überschritten würden. Also bräuchte man zusätzliche Zwischenlager sowieso. Oder ein zwei-

tes Endlager. Oder: Der Antragsteller hatte nie vor, sich an die im Plan ausgewiesenen „Erwartungswerte“ zu halten. Einen Sinn macht dies vor dem Hintergrund eines Vorschlages von Bundesumweltminister Töpfer zur Änderung des Atomgesetzes. Danach soll nämlich das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), jetzt Antragsteller, zukünftig Genehmigungsbehörde sein. Das BfS braucht den Plan jetzt also nur irgendwie durchzukriegen, um dann nach Änderung des Atomgesetzes alle Festlegung des Planbescheides selbst ummodelln zu können. Weitere Änderungswünsche von Töpfer: Lang-

zeitsicherheit und Verschuß des Endlagerbergwerkes sollen nicht bei Genehmigung des Endlagers, sondern bei dessen Stilllegung geregelt werden, und: schon während des laufenden Planfeststellungsverfahrens soll mit dem Bau des Endlagers begonnen werden können. Ob Töpfer sich mit seinen Wünschen durchsetzen kann, ist indes fraglich. Große Teile der Atomlobby wollen nämlich lieber nicht am Atomgesetz rühren, weil man ja nicht so genau wisse, was dann noch alles in Bewegung komme. Fazit: Viel Druck bei der Entsorgung, aber von Konzept keine Spur.

### Alle Klarheiten beseitigt

„Das hat mich psychisch fast vom Hocker gehauen“. So kommentierte Rechtsanwalt Nümann die Tatsache, daß der Antragsteller im Gegensatz zur Genehmigungsbehörde die Werte in den Planunterlagen für das Gesamtinventar nicht als Antragswerte, sondern lediglich als Erwartungswerte verstanden haben will. Damit, so Nümann, gebe der Antragsteller auch den letzten Rest an Bestimmtheit auf,

der in den Unterlagen noch zu finden gewesen war.

#### Planlogik

Gerd Kersten (BUND): "Was sind Erwartungswerte?"  
Thomaskerfürdenantragsteller: "Erwartungswerte sind Werte, die erwartet werden. Insofern ist der Plan auch logisch."

### Federführung

„Wir übernehmen jetzt die Federführung“ verkündeten Vertreter der BI Lüchow-Danneberg und überschütteten das Bundesamt für Strahlenschutz und die Verhandlungsleitung mit Bettfedern. Grund genug zum Zorn hatten sie, wurde doch erst eine Woche zuvor der Ausbau des Zwischenlagers in Gorleben beschlossen. Im EinwenderInnen-Plenum, in dem an diesem Tage auch die WackersdorferInnen zahlreich vertreten waren, stieß die Aktion auf großes Verständnis, nicht jedoch die Distanzierung von der Aktion durch den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.

# Wie kann der gefährliche Atommüll zu uns zurückkommen ?

Nach 6 Wochen und 2 Themenkomplexen steht seit Mittwoch, den 11.11.1992 das Thema Langzeitsicherheit zur Erörterung. Die prinzipiellen Fragen bei diesem Thema sind: Hat das Bundesamt für Strahlenschutz den Nachweis erbracht, daß der Standort KONRAD für ein solches Endlager geeignet ist? - Kann man für so lange Zeiträume überhaupt sichere Prognosen machen, wie sich die Erde, das Klima, die Menschheit entwickeln werden?

#### Menschliche Einwirkung

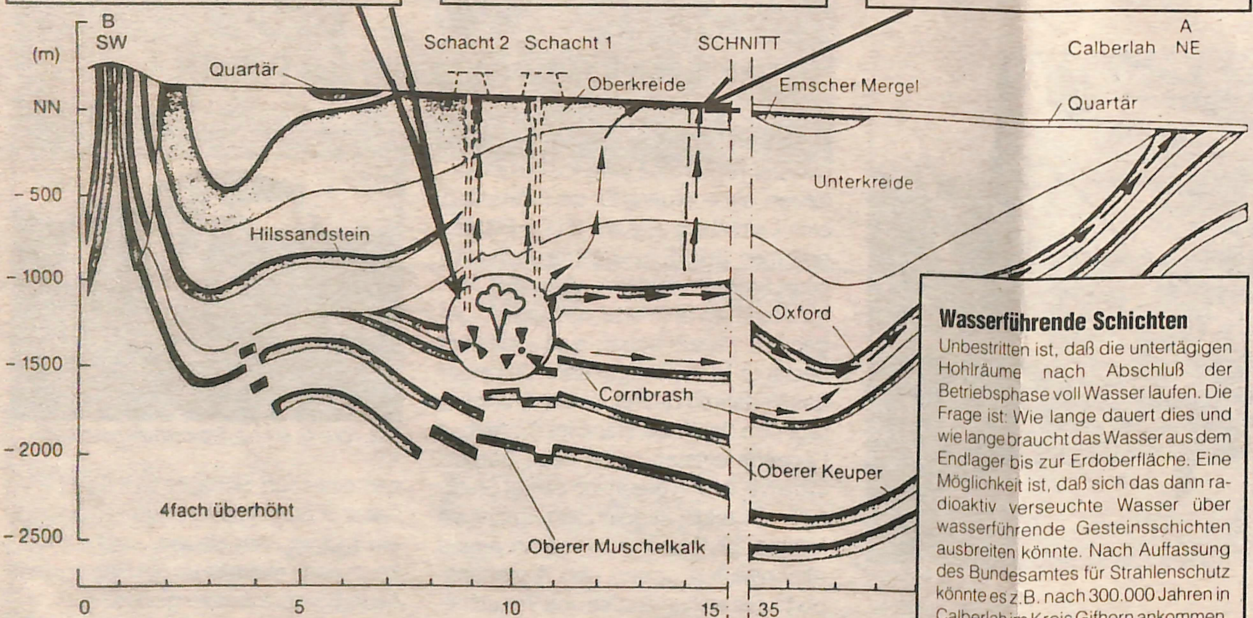
Das KONRAD-Erz sei wirtschaftlich nicht zu nutzen, heißt es im Plan. Aus heutiger Sicht ist das richtig. Aber was ist in 20 Jahren, wenn es z.B. neue Techniken gibt oder die weltweiten Erzkvorkommen deutlich kleiner geworden sind und die Menschen dann auf das KONRAD-Erz angewiesen sind? Überlieferte Erkenntnisse über die menschliche Geschichte haben wir erst seit etwa 4000 bis 5000 Jahren. Ein geordnetes Staatswesen gibt es in Deutschland seit ca. 1000 Jahren. Werschützt die Menschen davor, in einigen hundert oder tausend Jahren, wenn es das heutige Staatswesen vielleicht nicht mehr gibt und auch keine Überlieferungen über KONRAD mehr vorliegen, in das abgeschlossene Endlager vorzudringen (so wie heute aus wissenschaftlicher Neugier z.B. in die Pyramiden eingedrungen wird).

#### Schachtverschuß

Nach dem Betrieb des Endlagers sollen die beiden Schächte so fest verschlossen werden, daß durch sie keine radioaktiven Stoffe aufsteigen können. Ist der sichere Schachtverschuß möglich und im Plan des BfS nachgewiesen?

#### Alte Bohrungen

In den 30er Jahren wurde im Salzgittergebiet nach Erdöl gesucht. Dazu wurden Bohrungen durchgeführt, bei denen auch das Erzlager entdeckt wurde. Damals gab es keinen Grund, die alten Bohrungen besonders zu verschließen. Würde Atommüll in KONRAD eingelagert, könnten die alten Bohrungen möglicherweise ein Weg sein, durch den radioaktive Stoffe bald an die Oberfläche kommen.



Modelldarstellung des Endlagers, des geologischen Aufbaus und möglicher Wege des Atommülls nach Ende der Einlagerungszeit

#### Wasserführende Schichten

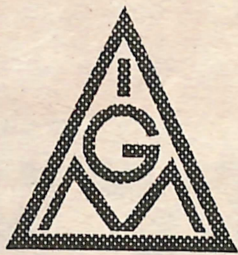
Unbestritten ist, daß die untertägigen Hohlräume nach Abschluß der Betriebsphase voll Wasser laufen. Die Frage ist: Wie lange dauert dies und wie lange braucht das Wasser aus dem Endlager bis zur Erdoberfläche. Eine Möglichkeit ist, daß sich das dann radioaktiv verseuchte Wasser über wasserführende Gesteinsschichten ausbreiten könnte. Nach Auffassung des Bundesamtes für Strahlenschutz könnte es z.B. nach 300.000 Jahren in Calberlah im Kreis Gifhorn ankommen.

#### Was passiert eigentlich im Atommüll nach Ende der Betriebszeit?

Wenn die Einlagerung von Atommüll eines Tages abgeschlossen ist, die Schächte verfüllt und die oberirdischen Anlagen abgebaut sind, gehen in dem gelagerten Müll eine Vielzahl von Prozessen weiter. Zwischen den eingelagerten Stoffen, ihrem „Verpackungsmaterial“ und anderen Stoffen laufen chemische Reaktionsprozesse ab. Durch Mikroorganismen finden biologische Zersetzungs- und Umsetzungsprozesse statt. Durch den radioaktiven Zerfall finden physikalische Prozesse statt. Chemische, biologische und radioaktive Prozesse wirken aufeinander ein. Ist kalkulierbar, welche Folgen das hat? - Läßt sich mit Sicherheit ausschließen, daß im abgeschlossenen Endlager eine unkontrollierte Kettenreaktion stattfinden kann?

Dokumentation

## IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter



## Resüme

### zum bisherigen Verlauf des KONRAD-Erörterungstermins

Wer nur stundenweise am Erörterungstermin teilnehmen kann, hat zwar einen Eindruck, wie der Termin selbst abläuft, nicht aber von den Ergebnissen. Wir beginnen darum heute eine Übersicht über die allgemeinen Ergebnisse des Termins. Natürlich gibt es daneben eine Vielzahl von Detailergebnissen zu einzelnen Punkten.

### 1. Das Verfahren ist rechtlich unhaltbar - die Planunterlagen sind nicht erörterungsfähig!

Gleich zu Beginn des Erörterungstermins haben die Städte und Gemeinden (allen voran die Stadt Salzgitter) deutlich gemacht, daß das ganze derzeitige Verfahren rechtlich unhaltbar ist, weil die Planunterlagen nicht erörterungsfähig sind. Es fehlen z.B. die seit 1990 gesetzlich erforderliche Umweltverträglichkeitsstudie und Angaben über die Transportgefahren. Die Planunterlagen sind veraltet (es fehlen z.B. Untersuchungen über Risiken durch den erhöhten Luftverkehr nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten) und viele Begriffe des Planes sind so unbestimmt, daß man darüber gar nicht ernsthaft diskutieren kann.

### 2. Bundesregierung und Bundesamt für Strahlenschutz versuchen die niedersächsische Genehmigungsbehörde daran zu hindern, Ihrer Sorgfaltspflicht nachzukommen!

Die niedersächsische Genehmigungsbehörde hat versprochen, alle Einwendungen ernst zu nehmen und die Sicherheit der Bevölkerung über alle anderen Fragen zu stellen. Darum findet der Erörterungstermin auch nachmittags und abends statt, damit normale Menschen daran teilnehmen können. Sobald die Genehmigungsbehörde Einwendungen aber wirklich ernst nimmt, z.B. der Anregung folgen will, den Erörterungstermin solange auszusetzen, bis die Planunterlagen vervollständigt sind, kommt Töpfer mit dem Weisungshammer und verbietet das. Und das ist wirklich ein Hammer, denn der Bundesumweltminister ist gleichzeitig Antragsteller und oberste Genehmigungsbehörde. Das Bundesamt für Strahlenschutz (das den Antragsteller im Erörterungstermin vertritt) verhöhnt unsere Einwendungen als „Lernfragen“, verweigert ständig die Diskussion und maßregelt die Verhandlungsleitung.

### 3. Es ist völlig unklar, welcher Müll in KONRAD eingelagert werden soll!

Viele KollegInnen sagen: Ich bin gegen Atomenergie, aber der Atommüll, der heute schon vorhanden ist, muß ja schließlich irgendwo hin. Der Erörterungstermin hat gezeigt: Bei KONRAD geht es überhaupt nicht um den Müll, der schon vorhanden ist. Der Antragsteller ist nichtmal bereit, darüber zu reden, wie mit dem schon vorhandenen Müll am besten umgegangen werden kann. Es sollen lediglich sog. „Einlagerungskriterien“ festgelegt werden. Atommüll, der diese Kriterien erfüllt, kann eingelagert werden, egal ob er vor 10 Jahren angefallen ist oder erst morgen oder in drei Jahren produziert wird. Denkbar wäre also auch, daß Atommüll aus anderen Ländern eingelagert wird, vielleicht sogar aus militärischen Anlagen, wenn er nur die Kriterien erfüllt. Zudem sind die Kriterien so allgemein gehalten und sollen so veränderbar sein, daß nach dem Planfeststellungsbeschluß dann möglicherweise auch noch ganz anderer Müll eingelagert werden könnte. Fazit: Wenn völlig offen bleiben soll, was für Müll eingelagert werden darf, lassen sich auch die Gefahren eines Endlagers KONRAD nicht exakt bestimmen.

### 4. Das Endlager ist wie ein großer chemischer Reaktor, aber: der Antragsteller kennt die chemischen Prozesse im Müll überhaupt nicht!

Der Müll, der in KONRAD eingelagert werden soll, ist nicht nur radioaktiv, sondern besteht aus einer Vielzahl chemischer Substanzen. Um die Gefahren des Endlagers beurteilen zu können, muß man darum nicht nur wissen, wie radioaktiv die einzelnen Stoffe sind, sondern auch wie sie (jeder Stoff für sich und auch untereinander) chemisch wirken. Der Erörterungstermin hat gezeigt, daß das Bundesamt für Strahlenschutz hierzu keine umfassenden Untersuchungen vorlegen kann, verblüffender Weise sogar viele elementare Zusammenhänge garnicht kennt.

### 5. KONRAD ist in unserer Region politisch nicht durchsetzbar; der Kinder wegen, der Arbeitsplätze wegen, und weil wir alle es nicht wollen!

Kinder mit ihren Eltern, der Vorsitzende der Kinderkommission des Bundestages, Wilhem Schmidt (SPD), SchülerInnen und ganze Schulklassen, die im Erörterungstermin waren, haben gesagt: Wir wollen KONRAD nicht, damit auch zukünftige Generationen hier leben können. KollegInnen aus den Metallbetrieben waren da und haben auf die Bedrohung von Leib, Leben, Gesundheit und Arbeitsplätzen durch KONRAD hingewiesen. Landwirte haben mit Schleppern demonstriert und waren in der Leichtbauhalle: Wir wollen unverstrahlte Nahrungsmittel produzieren, KONRAD gefährdet unsere Existenz. Leute aus den Kirchen waren da und haben gesagt: So könnt ihr mit der Welt nicht umgehen. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat gesagt, wir würden damit den Erörterungstermin als politisches Forum mißbrauchen. Richtig ist: Mit ganz unterschiedlichen Mitteln haben viele Menschen diesen Termin benutzt, um deutlich zu machen, daß ein Atommüll-Endlager KONRAD politisch nicht durchsetzbar ist. Auch das ist ein wichtiges Ergebnis des Erörterungstermins.

# Atommülltransporte gefährden uns alle

Lange Jahre unbemerkt stehen Atom-mülltransporte heute mehr denn je im Rampenlicht. Sobald ein Endlager in Betrieb genommen wird, werden sich in der Umgebung dieses Standortes die Atommülltransporte in einem für die Bundesrepublik noch nie gekannten Ausmaß konzentrieren. Für ein Endlager SCHACHT KONRAD hieße das, daß täglich 200 Tonnen Atommüll in das nach dem Großraum Hannover dicht-besiedelte Gebiet Niedersachsens gefahren werden würden. Das Bundesamt für Strahlenschutz und Bundesumweltminister Töpfer sind bis heute der Auffassung, daß die Trans-

portproblematik - entgegen aller menschlichen Logik - nicht zum Gegenstand des Verfahrens und somit auch nicht zum Gegenstand der Erörterung gehören. Lediglich die Transportbewegungen innerhalb des Werks-geländes wolle man erörtern. Demgegenüber hat der Jurist Andreas Gleim (Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der AG SCHACHT KONRAD) schon seit mehreren Jahren vertreten, daß in einem gewissen Umkreis um die Anlage KONRAD die Atommüll-Trans-porte mit Ziel SCHACHT KONRAD sehr wohl mit in das Verfahren gehören. Die-ser Auffassung haben sich insbeson-

dere die Kommunen angeschlossen. Der Rechtsanwalt Piontek hat für die Stadt Hannover eine Stellungnahme erarbeitet, in der er ausführlich begrün-det, welche juristischen Gründe für eine Aufnahme der Transport-Problematik in das laufende KONRAD-Verfahren spre-chen. Die Frage, ob denn nun die Transport-Problematik Bestandteil des Verfahrens ist oder nicht, wird (erstmal) im Rah-men der Erörterung entschieden. Um genau diese Frage soll es von Einwen-derseite aus an den beiden Tagen ge-hen.

## Tägliche Atommülltransporte Restrisiko auf Reisen

Weil beim Atommüll von „Entsorgung“ keine Rede sein kann, liegt und steht der Müll aus deutschen Atomkraftwer-ken einfach nur rum. In den Reaktoren und Zwischenlagern in Deutschland, und in den sog. Wiederaufarbeitungs-anlagen in Frankreich und Großbritan-nien. Bei der Bearbeitung abgebrann-ter Reaktorbrennelemente in diesen An-lagen wird die Menge des Strahlenmülls sogar 11 mal größer! - Ab Mitte der 90er Jahre muß dieser Müll aus dem Aus-land zurückgenommen werden. Dafür braucht die Atomlobby dringend ein Endlager. Wäre ein Endlager genehm-igt, z.B. Schacht KONRAD, würden binnen kürzester Zeit eine Vielzahl von Atommülltransporten durch das ganze Land beginnen.

Es liegt auf der Hand: Diese Atomtrans-porte würden ursächlich mit dem Be-trieb des Endlagers zusammengehö-ren. Deshalb, so haben EinwenderInnen

im ganzen Bundesgebiet, darunter zahl-reiche Kommunen, gefordert, müssen die Transporte und v.a. ihre Risiken als Teil des Endlagerbetriebes im Plan-feststellungsverfahren behandelt wer-den.

Das sieht Bundesumweltminister Töp-fer ganz anders. Atomtransporte, so die schlichte Logik, werden in anderen Ge-nehmigungsverfahren genehmigt, eine Befassung im Rahmen des Planfest-stellungsverfahrens käme daher nicht in Betracht. Es geht aber eben nicht um die Genehmigung eines einzelnen Transpotes. Es geht um das gesamte Transportaufkommen, das eben erst durch das Endlager verursacht wird, und das auf bestimmten Eisenbahn-strecken, in bestimmten Bahnhöfen, usw. zu einer erheblichen Frequenz von Transport führen wird. Verschärft wird der zu erwartende Atommülltourismus durch die anstehende Liberalisierung

des Atommüll-Binnenmarktes und die wahrscheinliche Öffnung eines End-lagers KONRAD für EG-Atommüll.

Vor einigen Jahren sah Töpfer sich ge-zwungen, erstmal auf die Transport-diskussion zu reagieren. Er ließ die Ge-sellschaft für Reaktorsicherheit ein Gut-achten über die Ungefährlichkeit von Transporten zu Schacht KONRAD er-stellen. Mittlerweile räumt Töpfer sogar ein, daß im Rahmen des KONRAD-Erörterungstermins über Transporte dis-kutiert werden soll. Aber nicht das Bun-desamt für Strahlenschutz als Antrag-steller, sondern die Gesellschaft für Reaktorsicherheit soll sich an dieser Diskussion beteiligen. Und sie soll kei-nen Einfluß auf den Planfeststellungs-beschluß haben. Ein Grund mehr, sich diesen kritischen Termin im KONRAD-Erörterungsverfahren vorzumerken: 27. und 28. November.

## Auf zur Erörterung!

Festplatz, Neißestraße in Salzgitter-Lebenstedt

### Thema "Atommüll-Transporte"

am Samstag, 28.11.'92  
10.00-16.00 Uhr



Dieses Motiv kann als zweifarbiges Plakat über das Büro der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD (siehe S. 4) bezogen werden: Preis: A3: 0,30 DM und A2: 0,50 DM (+Porto)

### VW-Wolfsburg 6000 Unterschriften für Erörterung der Transportfrage.

Mit 6000 Unterschriften von VW-Wer-kern aus Wolfsburg unterstrich die Vertrauenskörperlleitung der IG Metall die Forderung, die Transportfrage

verfahrenswirksam zu erörtern. Die Unterschriften wurden Töpfers Aufpasser im Erörterungstermin über-reicht.

# Transportaktionen am 31.10. – ein voller Erfolg !



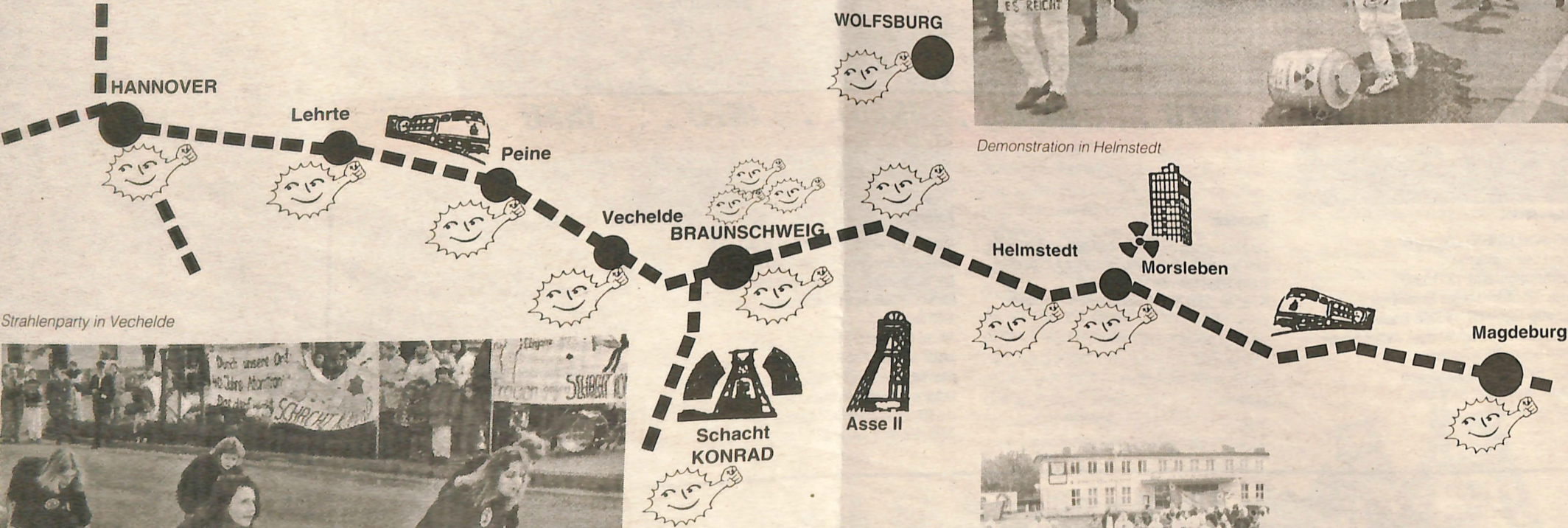
Aktion der Timmerlaher Bürger am Bahnübergang

Auf Initiative der GRÜNEN Niedersach-sen und Sachsen-Anhalt fand am 31.10.1992 eine erste Transportaktion auf und an der Atommüll-Magistrale Hannover-Magdeburg statt. Mit Schutz-anzügen und „Atommüllfässern“ wur-de aus zwei Richtungen, Hannover und Magdeburg, losgefahren um sich von Braunschweig aus zusammen nach Salzgitter zum Erörterungstermin zu

bewegen. Unterwegs schlossen sich die Mitreisenden den Aktionen an den Bahnhöfen an. An den 14 Aktionen beteiligten sich mehrere Hundert Leute und die, die mitgemacht haben, sind fest entschlossen am 27./28. 11. nach Salzgitter zu kommen und noch viele Leute mitzubringen.



Demonstration in Helmstedt



Strahlenparty in Vechelde



Foto: R. Hübener  
Abschlußzug zur Leichtbauhalle

